

Bericht zum Workshop zum Thema

„Bilaterale Freihandelsabkommen der EU und der EFTA (Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island) mit Indien und deren soziale und genderbezogene Auswirkungen“

Organisiert von der Heinrich Böll Stiftung (Indien) sowie von WIDE (Women in Development, Brüssel) am 25./26. März in Delhi, Indien.

Teilnehmende: Indische WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von NGOs sowie Christa Wichterich, Soziologin und Publizistin aus Deutschland und Vertreterin von WIDE, und Marianne Hochuli, Handelsexpertin bei der Erklärung von Bern (Schweiz) und Vertreterin von WIDE. Ausserdem Mr. R.S. Ratna, Handelsdepartement, Indien, verantwortlich für Regionale und multilaterale Handelsbeziehungen sowie der deutsche Botschafter Bern v. Münchow-Pohl.

Die **Ziele dieses Workshops** waren:

- Informationsaustausch über die Inhalte der geplanten Freihandelsabkommen EU-Indien/EFTA-Indien
- Diskussion der erwarteten Auswirkungen der geplanten bilateralen Freihandelsabkommen auf unterschiedliche Sektoren
- Vernetzung indischer zivilgesellschaftlicher Institutionen und Basisbewegungen sowie Vernetzung mit Institutionen in der EU und der EFTA

Christa Wichterich (Deutschland) und Marianne Hochuli (EvB, Schweiz) stellten die Pläne der EU und der EFTA dar, mit Indien so rasch wie möglich ein bilaterales Freihandelsabkommen abzuschliessen zu wollen.

Prägende Voten der Teilnehmenden

Der **deutsche Botschafter Bernd v. Münchow-Pohl** provozierte gleich zu Anfang mit der Aussage, die Diskussionen zu „Welthandel“ und zu „Entwicklung“ müssten strikt getrennt werden: „Wir sollten diese beiden Bereiche Handel und Entwicklung nicht vermengen“. Diese Aussage rief bei den Teilnehmenden heftige Reaktionen hervor, muss doch nach deren Auffassung Welthandel im Dienste von Entwicklung, insbesondere von Entwicklungsmöglichkeiten der ärmeren Bevölkerung, stehen.

Bishwajit Dhar, Centre for WTO Studies vom Indian Institute of Foreign Trade (<http://www.iift.edu/iift/index.asp>) wies darauf hin, dass nebst Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU sowie Indien und den EFTA-Ländern ein paralleler Prozess stattfinden müsse.

Es müssten Studien angefertigt werden, was denn Handelsliberalisierung in den einzelnen Bereichen für Indien bedeute. In den Verträgen müsste die Entwicklungsdimension mitbedacht werden. Beispielsweise geistige Eigentumsrechte, seien die über die WTO hinausgingen, für Indien sehr problematisch. Und solche Probleme, sagte er, müsste die indische Zivilgesellschaft auf den Tisch bringen.



Smitu Kothari, von der NGO Intercultural Resources (<http://www.icrindia.org/>) rief die indischen NGOs und WissenschaftlerInnen dazu auf, sich intensiver mit diesen Handelsabkommen zu befassen und von den Unterhändlern mehr Verantwortlichkeit gegenüber der Zivilgesellschaft zu fordern. Indien müsse sich dringend politische Handlungsspielräume bewahren, um Politik zugunsten der breiten Bevölkerung durchsetzen zu können. NGOs sollten nicht erst im Nachhinein, das heisst nach Abschluss eines Abkommens über deren genauen Inhalt

informiert werden, wie dies zur Zeit der Fall ist. Denn so könnten sie lediglich noch im Nachhinein auf bereits beschlossene Tatsachen reagieren.



Shalini Bhutani, Rechtsanwältin bei der NGO „Grain“, New Delhi (<http://www.grain.org/about/>), einer auf Biodiversität und Bauernrechten spezialisierten NGO, wies darauf hin, dass Industrieländer, insbesondere die USA und die Schweiz, bereits in der WTO und noch viel vehementer in den bilateralen Freihandelsabkommen strikte **geistige Eigentumsrechte** verlangen würden. Dadurch entwickelten sich öffentliche Ressourcen immer mehr zum privaten Eigentum von Grosskonzernen. Dieses Gewicht verschöbe sich umso mehr in Richtung privaten

Eigentums, je mehr von Indien verlangt werde, die UPOV-Konvention zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu unterschreiben. Diese stärke die Rechte der Züchter und schwäche die Rechte der Bauern, um bspw. ihr Saatgut überhaupt noch frei austauschen zu können.



Devaki Jain, eine berühmte indische Entwicklungsökonomin und Aktivistin warnte davor, dass bilaterale Freihandelsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern negative Auswirkungen auf die Süd-Süd-Beziehungen haben können. Und sie ging dabei auch hart mit der Regierung und der Wirtschaftselite ihres Landes ins Gericht. Indien spiele nun dasselbe Spiel in Afrika, das andere Länder mit Indien spielten. Es gehe lediglich darum, wer zuerst in einem Land sei, um dessen Ressourcen zu erobern.

Eine der grössten Ressourcen eines Landes sei noch immer die billige Arbeitskraft der Frauen. Arbeitnehmerinnen müssten vermehrt geschützt werden durch Gesetze, die würdige Arbeitsbedingungen garantieren, und auch dadurch auch die Existenz der Familie sicherten. Es sei für sie sehr schmerzhaft mitzuerleben, dass Indien ein ähnliches Verhalten gegenüber wirtschaftlich schwächeren Nationen zeige wie die nördlichen Wirtschaftsmächte, beispielsweise die EU.

Indrani Mazumdar vom **Centre for Women's Development Studies** wies darauf hin, dass es äusserst wichtig sei zu beobachten, wie sich Handelsliberalisierung auf Sektoren und Tätigkeiten auswirkten, die nicht unmittelbar mit dem Export zusammenhängen: welchen Einfluss hat Handelsliberalisierung beispielsweise auf den informellen Sektor und das Verhältnis formeller/informeller Sektor? Wie entwickeln sich insgesamt die Arbeitsplätze, die Arbeitsstruktur, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern?

Mazumdar wies auf die ungleichen Wirtschaftsstrukturen von Indien und der EU oder von Indien und den EFTA-Ländern hin. Wie würde ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen derart verschiedenen Ländern die indische Wirtschaftsstruktur sowie die Entwicklung einzelner Sektoren beeinflussen? Ihrer Ansicht nach sei die indische Regierung viel zu exportorientiert. Sie fordert, dass genauer untersucht werden müsse, in welchen Fällen bei Investitionsprojekten bereits Land konfisziert und die Menschen vertrieben wurden.

Insgesamt forderten die indischen NGOs vor weiteren Verhandlungen:

- unabhängige Studien über die Auswirkungen von forcierter Handelsliberalisierung sowohl auf spezifische Sektoren als auch auf die Geschlechterverhältnisse und das Verhältnis formeller/informeller Sektor hin.
- weit grössere Transparenz und öffentliche Debatten über den Inhalt der zu verhandelnden Freihandelsabkommen.
- eine bessere Einbindung des Parlaments in den Verhandlungsprozess.
- keine Zugeständnisse der indischen Regierung bei den geistigen Eigentumsrechten, keine weitgehenden Marktöffnungen und Zollabbau im Landwirtschafts- und im Güterbereich, sowie keine unregelte Öffnung des Finanzsektors in Zeiten einer weltweiten Finanzkrise.